



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 19
12.05.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 37 % bzw. 36 %, SPD bei 29 % bzw. 27 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen gehen weiter zurück
-------------	--

Weltpolitische Lage:	Große Sorge um den Weltfrieden Lage in Asien bzw. Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	Präsidentschaftswahl in Frankreich
--------------------	------------------------------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	36 (-)	37 (+1)	37 (+3)
SPD	29 (+1)	27 (-1)	27 (-4)
FDP	7 (-)	6 (-)	8 (+2)
DIE LINKE	8 (-)	10 (+1)	7 (-)
B'90/Grüne	7 (-1)	8 (+1)	8 (-)
AfD	7 (-1)	8 (-1)	10 (-1)
Sonstige	6 (+1)	4 (-1)	3 (-)
Erhebungszeitraum	02.-05.05.	04.-10.05.	08.-10.05.

Die Union liegt bei Emnid 10 (+2), bei infratest dimap 10 (+7) und bei forsa 7 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Die FDP liegt bei infratest dimap bei 8 %. Dies ist der höchste Wert im ARD-DeutschlandTREND seit Juni 2010.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	infratest dimap² für ARD
Merkel	48 (+1)	49 (+3)
Schulz	27 (-1)	36 (-4)
keinen von beiden	25 (-)	
weiß nicht/spontan: keinen		10 (-)
Erhebungszeitraum	02.-05.05.	08.-10.05.

Angela Merkel liegt bei forsa 21 (+2) und bei infratest dimap 13 (+7) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (14.05.2017)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 15

Problemlösungskompetenz

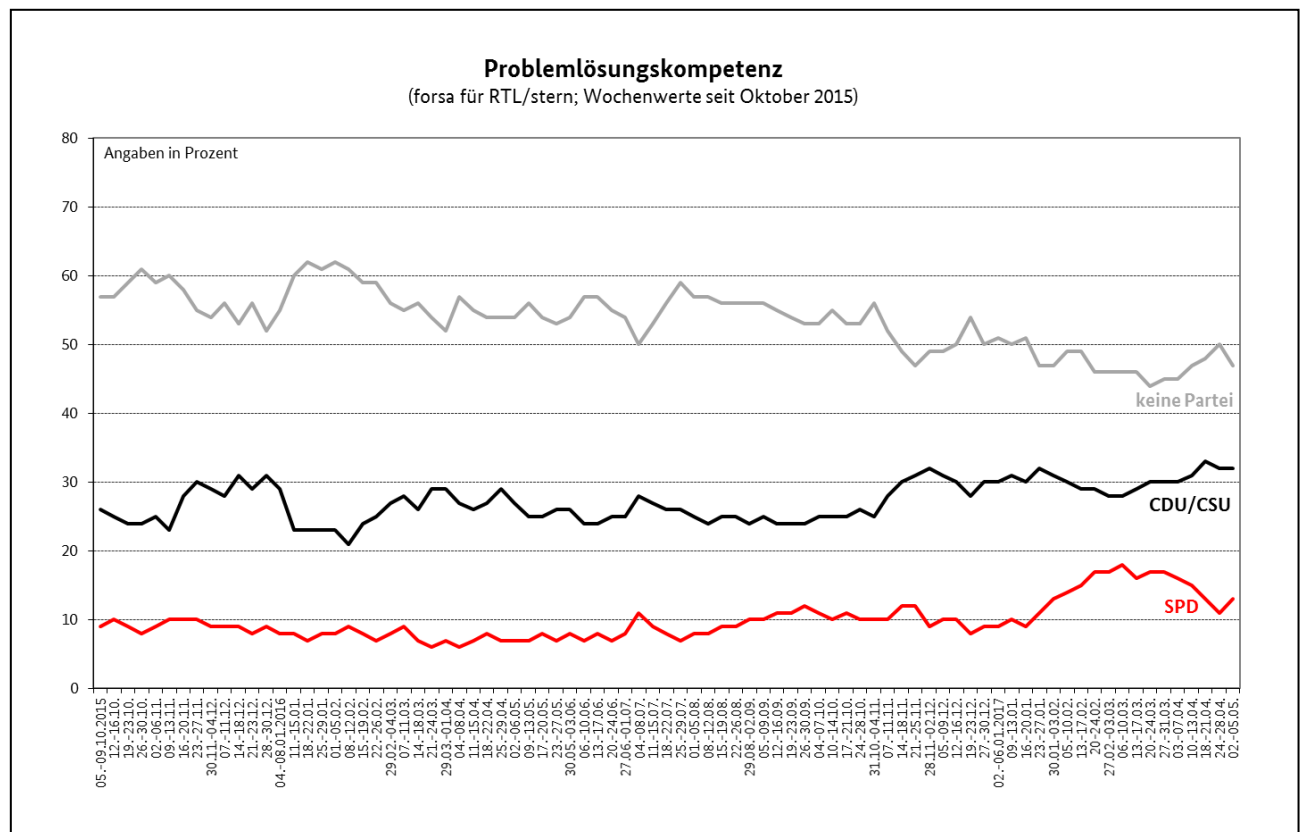
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	32	(-)
SPD	13	(+2)
sonstige Parteien	8	(+1)
keine Partei	47	(-3)
Erhebungszeitraum	02.-05.05.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

47 % (-3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

74 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 44 % (+2) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Mai 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	73 (+7)	25 (-5)	1 (-1)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	63 (-3)	32 (+3)	4 (+1)	0 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+3)	37 (-3)	4 (-)	0 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	57 (+6)	37 (-5)	5 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	57 (+1)	36 (-2)	6 (+1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (-3)	38 (+3)	5 (-)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (+6)	41 (-4)	6 (-1)	0 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46 (+4)	47 (-4)	5 (-1)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (+1)	39 (-2)	13 (-)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	43 (+4)	45 (-)	10 (-4)	1 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	40 (-)	43 (-4)	14 (+5)	2 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	35 (+1)	48 (-2)	14 (+1)	3 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (-)	47 (+1)	9 (-1)	7 (-)
neue Technologien fördern	34 (+5)	47 (-6)	16 (+2)	4 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-1)	52 (+1)	13 (-)	3 (+1)
für Preisstabilität sorgen	29 (+7)	55 (-4)	12 (-4)	3 (+2)
Staatsschulden begrenzen	29 (+5)	54 (-)	14 (-3)	2 (-1)
Verbraucherschutz stärken	28 (+3)	54 (-3)	15 (+1)	1 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	28 (+1)	49 (+2)	18 (-1)	5 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (-5)	56 (+4)	15 (-1)	3 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (+5)	61 (+1)	12 (-6)	2 (-)
Erhebungszeitraum	03.-09.05.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Grünen (88 %), der FDP (84 %), der SPD und der Linkspartei (jew. 78 %) als sehr wichtig angesehen. Unter 50-Jährige nennen diese Aufgabe häufiger als über 50-Jährige (78 % zu 66 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 67 %) und Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche (81 % zu 71 %).

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Personen mit mittlerer formaler Bildung (70 %) und 30- bis 39-Jährigen (68 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (76 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (69 % zu 56 %) und Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche (72 % zu 61 %). Unter 30-Jährige (58 %) sowie Anhänger der Grünen (33 %), der FDP (52 %) und der AfD (57 %) betrachten die Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Mai 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im April 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	75 (-)	17 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	73 (+6)	21 (-5)
deutsche Interessen in der EU vertreten	73 (+5)	22 (-4)
neue Technologien fördern	69 (-2)	25 (+5)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (-)	34 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	63 (-)	35 (+2)
für Preisstabilität sorgen	62 (+2)	32 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	61 (-5)	36 (+6)
Staatsschulden begrenzen	59 (+1)	33 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	58 (+1)	38 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	55 (-1)	40 (+4)
Energiewende zügig vorantreiben	54 (-2)	40 (+1)
Verbraucherschutz stärken	53 (-3)	41 (+7)
Gesundheitswesen modernisieren	51 (-1)	45 (+3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	49 (+1)	44 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	46 (-1)	48 (+3)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46 (+3)	51 (-2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (-4)	58 (+3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	35 (-2)	62 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	34 (-4)	63 (+6)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (+2)	66 (+2)
Erhebungszeitraum	03.-09.05.2017	

In 14 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (75 %). Auch für die Vertretung deutscher Interessen im Ausland und in der EU (jew. 73 %), bei welcher sie jeweils einen Zuwachs von 6 bzw. 5 Prozentpunkten verzeichnet, erlangt die Bundesregierung eine sehr gute Bewertung.

Im Politikfeld "Arbeitslosigkeit bekämpfen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 5 Prozentpunkte geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

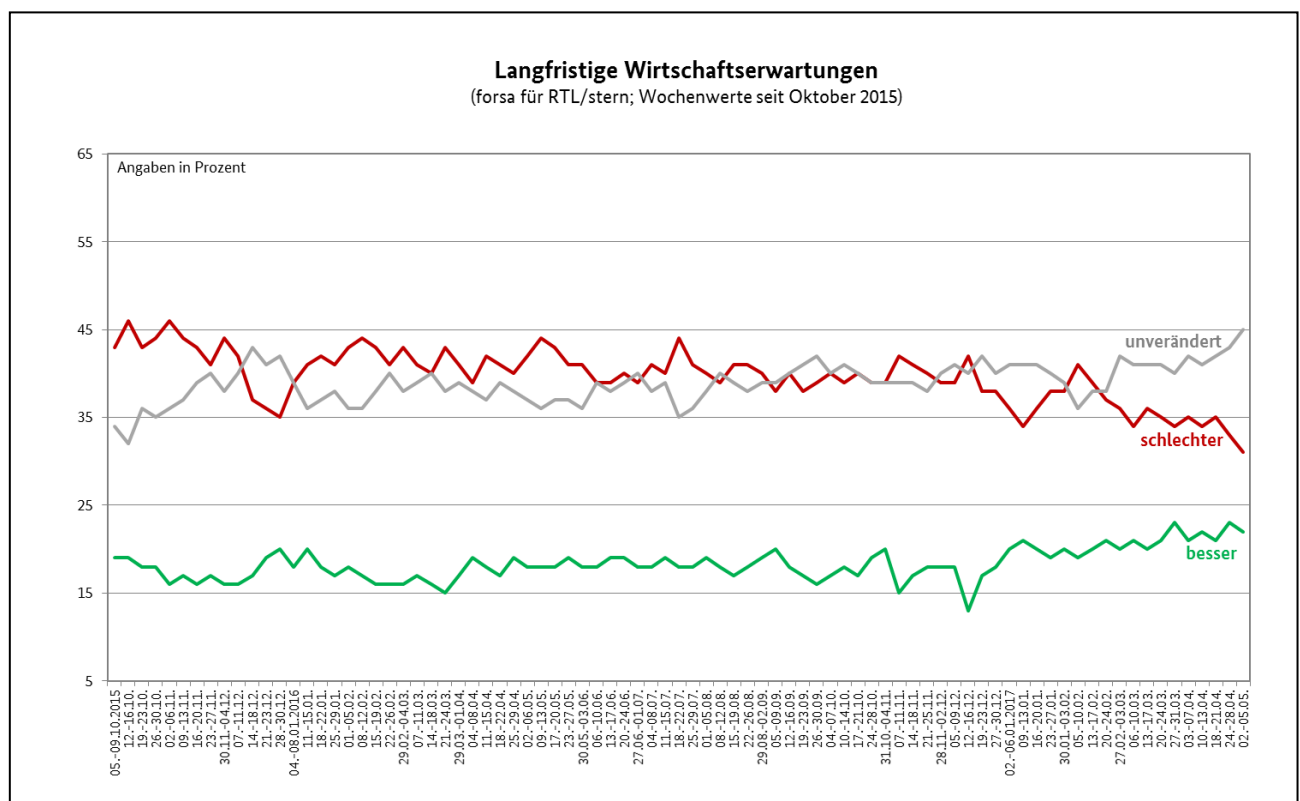
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	22	(-1)
schlechter	31	(-2)
unverändert	45	(+2)
Erhebungszeitraum	02.-05.05.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 9 (-1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA
sehr große	16 (+1)
große	49 (-3)
wenig	28 (+1)
keine	6 (-)
Erhebungszeitraum	02.-05.05.

Über 60-Jährige (70 %) sowie Anhänger der AfD (77 %) und der Grünen (71 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (74 % zu 56 %).

Personen mit einfacher formaler Bildung (40 %) und Anhänger der FDP (45 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA
Asien, Nordkorea	20 (+11)
Syrien	18 (-10)
USA	16 (+2)
Türkei	16 (+7)
Russland	9 (+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	8 (-1)
Naher Osten, arabische Länder	7 (-1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	6 (-2)
Islamischer Staat (IS)	6 (-2)
Ukraine	5 (+2)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	3 (-1)
Erhebungszeitraum	02.-05.05.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in Asien bzw. Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland; geringfügig weniger Nennungen entfallen auf die Situationen in Syrien, in den USA und in der Türkei.

Anhänger der FDP (32 %) nennen die Lage in Asien bzw. Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Über 45-Jährige nennen diese Krisensituation häufiger als unter 30-Jährige (24 % zu 12 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (25 % zu 15 %).

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	30 (-4)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (-1)
Deutschland tut bereits genug	58 (+5)
Erhebungszeitraum	02.-05.05.

Gutverdiener (36 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (35 %) sowie Anhänger der Grünen, der Linkspartei (jew. 42 %) und der SPD (38 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Ostdeutsche (16 %) und Anhänger der AfD (36 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Über 60-Jährige (66 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (65 %), Frauen (64 %) und Personen mit mittlerem Einkommen (63 %) sowie Anhänger der Union (69 %) und der FDP (64 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	36 (-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	13 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	47 (+3)
Erhebungszeitraum	02.-05.05.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (47 %), Ostdeutsche (44 %), Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen (42 %) und 45- bis 59-Jährige (41 %) sowie Anhänger der AfD (66 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (30 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (54 %) sowie Anhänger der Grünen (56 %), der Union, der SPD und der FDP (jew. 52 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Präsidentschaftswahl in Frankreich	32 (+26)
Bundeswehrraffäre (Festnahme von Franco A.)/ Rolle der Verteidigungsministerin	10 (-)
US-Präsidentschaft Donald Trump	9 (-2)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	9 (+3)
Landtagswahl in Schleswig-Holstein	8 (neu)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (-3)
Politische Situation in der Türkei (Inhaftierung von Yücel, Pressefreiheit, Erdogan-Wahlkampf)	5 (-9)
Erhebungszeitraum	09.-10.05.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Präsidentschaftswahl in Frankreich.

Die Bundeswehrraffäre wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Linkspartei (17 %) genannt.

